

Staatsanwaltschaft Augsburg



Staatsanwaltschaft Augsburg, Gögginger Straße 101, 86199 Augsburg

01 3C4D 7040 33 2000 0B66
DV 07.24 0,85 Deutsche Post



*K4000*7190094*0818*12*000182*

Herrn
Carl Kiefert

Frau Staatsanwältin Reßle

Telefon: 0821/3105 1367

Telefax: 0821/3105-1366

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Akten - / Geschäftszeichen

jun
Datum

101 Js 106315/24

09. Juli 2024

Anzeigensache gegen Florian Engl
wegen Verfolgung Unschuldiger

Sehr geehrter Herr Kiefert,

in dem oben genannten Verfahren habe ich mit Verfügung vom 27.06.2024 folgende Entscheidung getroffen:

Der Strafanzeige d. Carl Kiefert vom 25.12.2023 wird gemäß § 152 Abs. 2 StPO keine Folge gegeben.

Gründe:

Gegen den Anzeigeerstatter war bei der Staatsanwaltschaft Augsburg unter dem Aktenzeichen 503 Js 120691/15 ein umfangreiches Ermittlungsverfahren u.a. wegen des Vorwurfs der Beihilfe zum Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelten anhängig. Der Anzeigeerstatter befand sich in dieser Sache seit seiner Festnahme am 12.10.2017 aufgrund Haftbefehls des Amtsgerichts Augsburg vom 11.08.2017, eröffnet, aufrechterhalten und in Vollzug gesetzt am 12.10.2017, ersetzt durch Haftbefehl des Amtsgerichts Augsburg vom 24.10.2017, eröffnet, aufrechterhalten und in Vollzug gesetzt am 24.10.2017 bis zur Außervollzugsetzung am 04.07.2018 in Untersuchungshaft. Das Oberlandesgericht ordnete mit Beschluss vom 02.05.2018 die Fortdauer der Untersuchungshaft an. Mit Anklageschrift vom 11.06.2018, eingegangen beim Landgericht Augsburg am selben Tag, wurde u.a. gegen den Anzeigeerstatter Anklage erhoben. Mit Beschluss des Landgerichts Augsburg vom 08.07.2019 wurde die Anklage zur Hauptverhandlung

Datenschutzhinweis:

Informationen zum Datenschutz erhalten Sie unter www.justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/staatsanwaltschaft/augsburg/ oder über die obenstehenden Kontaktdaten.

Hausanschrift

Gögginger Straße 101
86199 Augsburg

Haltestelle

Straßenbahnlinie 1, Haltestelle
Bergstraße/Neues Justizgebäude
Behindertenparkplatz
Ecke Gögginger-/Depotstraße

Geschäftszeiten

Mo-Fr 8:00-12.00 Uhr oder
nach Terminvereinbarung

Kommunikation

Telefon: 0821/3105-0
Telefax: 09621 / 96241 0300
poststelle@sta-a.bayern.de

Die E-Mail-Adresse eröffnet keinen Zugang für formbedürftige Erklärungen in Rechtssachen



zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet. Mit Beschluss des Landgerichts Augsburg vom 02.08.2022 - nach 89 Verhandlungstagen - wurde das Verfahren den Anzeigerstatter und seine Ehefrau betreffend gemäß § 153a Abs. 2 StPO jeweils gegen Zahlung einer Geldauflage vorläufig eingestellt, nachdem der Anzeigerstatter und seine Ehefrau dieser Vorgehensweise zugestimmt hatten. Mit Beschluss des Landgerichts Augsburg vom 14.11.2022 wurde das Verfahren gegen den Anzeigerstatter nach Erbringung der Geldauflage endgültig eingestellt.

Mit Schreiben vom 25.12.2023 wirft er nunmehr dem angezeigten Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung Schwaben u.a. vor, dass dieser im Jahr 2018 vorsätzlich ein falsches Gutachten über den jeweiligen sozialversicherungsrechtlichen Status der Erwerbstätigen angefertigt habe.

Gemäß § 152 Abs. 2 StPO ist ein Ermittlungsverfahren wegen verfolgbarer Straftaten nur dann einzuleiten, wenn hierfür zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen. Diese müssen es nach den kriminalistischen Erfahrungen als möglich erscheinen lassen, dass eine verfolgbare Straftat vorliegt. Anhaltspunkte dafür, dass der Angezeigte in seiner Funktion als Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung vorsätzlich eine falsche gutachterliche Stellungnahme erstellt hat, ergeben sich aus dem Schreiben des Anzeigerstatters nicht. Aus den gutachterlichen Stellungnahmen können die zugrunde gelegten Tatsachen und Vorgehensweise entnommen werden. Dass der Angezeigte ein falsches Gutachten erstellt hat, steht auch in Widerspruch zu der Aussage des Gerichts am 89. Verhandlungstag, wonach nach Vernehmung zahlreicher Zeugen noch immer ein dringender Tatverdacht bestehe. Offensichtlich war dies auch dem Anzeigerstatter bewusst. Denn er beharrte nicht auf einen Freispruch, sondern stimmte der Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldauflage zu. Dieses Verhalten kann nicht in Einklang gebracht werden mit den Vorwürfen gegen den Angezeigten.

Vor diesem Hintergrund war der Strafanzeige nach § 152 Abs. 2 StPO keine Folge zu geben.

Beschwerdebelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie binnen 2 Wochen nach Zugang Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft München erheben.

Die Beschwerde kann innerhalb dieser Frist auch bei der Staatsanwaltschaft Augsburg eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Reißle
Staatsanwältin

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.